

Umdenken – Umsteuern – Umfinanzieren!

Für eine nachhaltige Veränderung in der Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose im SGB II

Gemeinsamer Aufruf des Bistums Trier und der Evangelischen Kirche im Rheinland

Arbeit ist für den Menschen weit mehr als die Sicherung der materiellen Existenz. Sie ist Ausdruck der Würde des Menschen. Arbeit ist identitäts- und sinnstiftend und – vor allem in Form der Erwerbsarbeit – ein Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit. Daher rufen wir auf

► gängige Klischees zu überwinden:

Die Situation:

In unserer Gesellschaft stehen langzeitarbeitslose Menschen häufig unter dem Generalverdacht, an ihrer Situation selbst schuld zu sein oder aus eigenem Antrieb nichts an ihrer Lage ändern zu wollen. Die daraus wachsenden Vorurteile und Vorbehalte vermitteln den Betroffenen, von denen sich jedoch viele hoch motiviert um die Aufnahme in ein dauerhaftes und existenzsicherndes Arbeitsverhältnis bemühen, das Gefühl, von der Gesellschaft ausgegrenzt und abgestempelt zu sein. Diese Stigmatisierung ist auf Dauer zermürend. Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein schwinden, soziale Sicherheiten und vorhandene Fähigkeiten gehen mehr und mehr verloren. Das Gefühl der totalen Perspektivlosigkeit stellt sich ein.

Unser Aufruf:

Wir rufen daher auf, die Situation der Betroffenen differenziert zu betrachten und sich auf die Komplexität der Ursachen und Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit einzulassen. So ist es möglich, dass ungerechtfertigte Vorurteile und Vorbehalte abgebaut werden. Insbesondere die Medien können hier einen wertvollen Beitrag zu einer umfassenden Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft leisten, indem sie objektiv über die tatsächlichen, vielschichtigen Ursachen von Langzeitarbeitslosigkeit und die persönlichen Folgen für jeden davon Betroffenen berichten.

► den schillernden „Erfolg“ von Hartz IV nüchtern zu analysieren:

Die Situation:

Unser Sozialstaat ist kein Fürsorgestaat. Als solidarischer und subsidiärer Sozialstaat ist er vielmehr auf die aktive Beteiligung aller seiner Mitglieder angewiesen. Ausnahmslos jedem Mitglied unserer Gesellschaft muss daher die Chance eröffnet werden, sich mit seinen ganz persönlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten einzubringen. Daher widerspricht eine bloße Alimentierung unserem Sozialstaatsprinzip. Sie aktiviert oder fördert nicht, eröffnet keine Chance zur Teilhabe, sondern verschiebt Menschen auf das gesellschaftliche Abstellgleis. Zehn Jahre Hartz IV haben gezeigt, dass diese so häufig gelobte Sozialreform weder den Maßstäben eines aktivierenden, subsidiären Sozialstaates, noch der Achtung der Würde einer jeden menschlichen Person gerecht wird. Die Chancen für von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Menschen auf eine Eingliederung in die Erwerbsarbeit, die ja ein wesentlicher Zugang zur sozialen Teilhabe ist, haben sich,



Umdenken – Umsteuern – Umfinanzieren!

entgegen einer weitverbreiteten Meinung, keineswegs verbessert. Mit der einseitigen Fokussierung auf das Prinzip des Forderns, unter Vernachlässigung des Förder-Prinzips, wird sich an dieser Situation auch zukünftig nichts ändern.

Unser Aufruf:

Wir rufen daher auf, die Leistungsfähigkeit eines aktivierenden Sozialstaates zum Maßstab der Ausgestaltung von Hartz IV zu machen. Dazu gehört aus unserer Sicht eine bedarfsorientierte Unterstützung von Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, die die Person mit ihren individuellen Fähigkeiten und Möglichkeiten in den Mittelpunkt stellt. Unablässig hierfür ist auch eine Investition in eine qualitativ und quantitativ verbesserte personelle Ausstattung der Jobcenter. So kann eine individuelle Betreuung, Förderung und Ermutigung, kurz: eine Aktivierung ganz im Sinne unseres Sozialstaates gewährleistet werden und erfolgreich sein.

► dauerhaft in einen integrierenden Arbeitsmarkt zu investieren:

Die Situation:

Eine Vielzahl von arbeitsmarktpolitischen Programmen hat es in der Vergangenheit nicht geschafft, die Zahl der Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren. Das primäre Ziel aller dieser zeitlich stets befristeten Programme, nämlich langzeitarbeitslose Menschen dauerhaft in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln, wird auch zukünftig nicht erreicht werden können. Eine Reihe der Betroffenen wird trotz Qualifizierungsmaßnahmen und trotz aller vorhandenen Motivation, aufgrund von ganz unterschiedlichen Einschränkungen dennoch keine Chance auf Integration in den regulären Arbeitsmarkt haben. Ihre Einstellung wäre für potentielle Arbeitgeber mit Mehrkosten und damit mit einem Wettbewerbsnachteil verbunden.

Unser Aufruf:

Wir rufen daher auf, statt allein immer neue, zeitlich befristete und ineffiziente arbeitsmarktpolitische Programme zu finanzieren, in einen auf dauerhafte Tragfähigkeit angelegten öffentlich geförderten Arbeitsmarkt zu investieren. So können die Mehrkosten für Arbeitgeber ausgeglichen und ein wettbewerbskonformes Agieren garantiert werden. Ziel muss es sein, anstelle einer Segmentierung von Arbeitsmärkten, mit denen soziale Parallelwelten, aber keine tatsächliche soziale Integration der von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffenen geschaffen würden, einen für alle Beteiligten chancengerechten, integrativen Arbeitsmarkt zu etablieren.



Caritasverband
für die Diözese
Trier e.V.



Diakonie
Rheinland
Westfalen
Lippe